

## Noch einmal?

Soll nun, wenn am nächsten Mittwoch das Abgeordnetenhaus nach dreijähriger Pause wieder in unserem öffentlichen Leben erscheint, das erste Spiel von vorn anfangen, das wir nun seit vier Jahrzehnten beobachten? Die erfolglosen Bemühungen der Regierung, ein unlösbares Problem zu lösen, nämlich das Problem, wie ein Parlament mit einer unparlamentarischen Regierung ersprießlich zusammenarbeiten kann? Sollen wir wieder eine Regierung an dieser widerspruchsvollen Aufgabe sich abmühen sehen, die keine ihrer Vorgängerinnen bewältigt hat? Soll wieder der Ministerpräsident wie ein Sclamaenbeschwörer vor das Parlament treten, um die Bestie mit patriotischen Zauberformeln fette zu machen? Wir haben es oft und lange genug schon erlebt, und Staat und Völker haben den Schaden davon geholt. Seit Laaffe, also seit einem Menschenalter, waren, bis auf kurzlebige Ausnahmen, alle unsere Regierungen hartnäckig bestrebt, das Unmögliche möglich zu machen, ein Parlament nicht nach parlamentarischer, sondern nach unparlamentarischer Methode zu behandeln. Graf Laaffe, der Virtuose dieser Methode, hat es selbst nicht über das „Hortwursteln“ hinaus gebracht. Seine Nachfolger haben nicht einmal diesen elenden kleinen Erfolg erreicht, sind immer tiefer gesunken und schließlich ganz auf die § 14-Wirt-

schaft gekommen, die nichts anderes ist als das Eingeständnis der Unfähigkeit, mit dem Parlament zu regieren, weil man mit ihm nicht parlamentarisch regieren will.

Soll nach dieser dreijährigen, durch den Weltkrieg ausgefüllten Cäsar der alte Kammer wiederfahren? In allen anderen Ländern, die Parlamente haben — und es gibt jetzt kaum mehr zivilisierte Staaten, die keine haben — sehen wir die Parlamente ohne Störung funktionieren, weil der parlamentarische Apparat von einer konzentrierten parlamentarischen Regierung gehandhabt wird. Warum versucht man es nicht einmal nach derselben Methode, die sich bei den Parlamenten überall anderwärts bewährt hat? Sonst lieben unsere Regierungen das bequeme Nachfahren in Gleisen, die von anderen schon ausgefahren sind. Warum wollen sie hier nicht der politischen Erfahrung der übrigen Welt folgen? Allerdings, eine Ausnahme gibt es, das Deutsche Reich, das ein Parlament und keine parlamentarische Regierung kennt, und an dieses Vorbild hat man sich bei uns gerade in dem Zeitpunkt, da das Bündnis mit dem Deutschen Reich zustande kam, angegeschlossen. Über Deutschland war auch in einer Ausnahmislage. Es hatte — um von anderen historischen und völkerverständlichen Voraussetzungen der Kürze halber hier zu schweigen —, das Deutsche Reich hatte damals einen Ausnahmismenschen an seiner Spitze, einen Bismarck mit seinen ungeheuren Erfolgen, die er nicht nur gegen die äußeren Feinde, sondern gleichzeitig auch gegen das ihm in seinen Ansätzen widerstrebende Parlament errungen hatte. Lange haben von der Autorität Bismarcks auch seine Nachfolger gelehrt, jetzt scheint sie aber aufgebraucht, und auch im Deutschen Reich mehren sich mit jedem Tag die Stimmen, die, weil kein Bismarck da ist, nach einer parlamentarischen Regierung verlangen. Wir aber haben — leider — keinen Bismarck gehabt, sondern einen Laaffe.

Eine Eisenbahnlokomotive kann nur auf Schienen fahren, und ein Parlament nur mit einer parlamentarischen Regierung glatt zu-

sammenarbeiten. Sowie die Lokomotive ohne Schienen nicht weit vom Fleck kommt, so das Parlament ohne parlamentarische Regierung. Es nützt nichts, wenn sich ein Fuhrwerker mit der langen Peitsche auf die Lokomotive setzt und Hihi! und Gott! schreit. Und es nützt nichts, wenn ein unparlamentarischer Ministerpräsident mit sogenannten „Appellen“ das Parlament vorwärts zu bringen versucht. Den Beweis dafür haben die Jahrzehnte geliefert. Will man noch einmal mit dem Parlament experimentieren, will man sich den sicheren Misserfolg nochmals holen? Die Zeiten sind zu ernst, und der Krieg hat die Demokratie unwiderstehlich gemacht. Vertrauen zum Volk ist die Grundlage der Demokratie, das Mißtrauen gegenüber dem Volk die des Absolutismus. Vertrauen erweckt Vertrauen. Versuche man es einmal, unserem Parlament mit Vertrauen entgegenzukommen, gebe man dem Parlament, was des Parlaments ist, und dann mag man sicher sein, daß, sowie anderwärts, auch bei uns das Parlament dem Staate das geben wird, was des Staates ist.